



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 13.08.2008

AN/1590/2008

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	28.08.2008

Reduzierung der Gaspreise

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kölner Rates aufzunehmen:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Rheinenergie AG auf, die zum 1. Oktober 2008 ausgesprochene Erhöhung des Gaspreises um netto 0,7 Cent pro Kilowattstunde zurückzunehmen.

Begründung:

Die Rheinenergie AG hatte die Preiserhöhung mit gestiegenen Beschaffungskosten begründet. Tatsächlich stiegen die Gaspreise an den internationalen Märkten vom 4. September 2007 bis zum 3. Juli 2008 rasant an. Seit dem 4. Juli 2008 sind sie dagegen in den freien Fall übergegangen, ohne daß die meisten Energieversorger ausgesprochene oder angekündigte Preiserhöhungen für den Endverbraucher zurückgenommen hätten. Der zum 1. Oktober 2008 angekündigten Preiserhöhung ist dadurch die sachliche Grundlage entzogen worden.

Die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik sind in die Höhe geschneilt. So kletterte im Juni die jährliche Inflationsrate auf über 3,0 Prozent. Hauptgrund für diese Entwicklung sind die explodierenden Energiepreise. Sie verteuern nicht nur ungemein das Autofahren, Heizen und Kochen für die Verbraucher, sondern auch die Produktions- und Transportkosten für die gesamte Wirtschaft mit der Folge massiver Preissteigerungen auf breiter Front.

So hat sich z.B. Heizöl im Juni gegenüber dem Vorjahr um bis zu 70 Prozent verteuert. Benzin und Diesel durchbrachen gar die Schallmauer von 1,50 Euro pro Liter. Der Staat kassiert kräftig mit: Rund 90 Cent vom Benzin bzw. Dieselpreis nimmt der Staat an Mineralöl-, Öko- und Mehrwertsteuer vom Bürger ein. Die „Bild“-Zeitung spekuliert gar, noch in diesem Jahr könnte die 2-Euro-Grenze durchbrochen werden. Aber nicht nur das: Auch die Lebensmittel verteuerten sich gegenüber dem Vorjahr um bis zu 10 Prozent. Auf der anderen Seite sinkt das durchschnittliche Realeinkommen der Arbeitnehmer.

Was tut die etablierte Politik? Die große Koalition in Berlin hüllt sich in Schweigen und versucht stattdessen dreist die Bürgerinnen und Bürger noch zusätzlich abzukassieren. Die versprochenen steuerlichen Entlastungen für die Bürger sind ausgeblieben. Pro Köln fordert die Verantwortlichen auf, endlich zu handeln, bevor es zu spät ist. Beispielsweise könnte durch eine spürbare Senkung der Mehrwertsteuer bei lebensnotwendigen Gütern und Medikamenten vielen Betroffenen rasch und effektiv geholfen werden. Was nämlich die Verbraucher notgedrungen mehr für Energie und Lebensmittel ausgeben, müssen sie an anderer Stelle einsparen. So rücken auch kleinere Anschaffungen oder gar der Kauf eines Neuwagens in weite Ferne, alte Kleidung muß länger getragen werden, Restaurantbesuche finden - wenn überhaupt - nur noch selten statt.

Die Altparteien und die rot-schwarze Regierung stehen dieser katastrophalen Entwicklung hilflos gegenüber, und schon droht der nächste Kostenschock. Strom und Gas werden sich immer weiter verteuern. Die meisten Bürger beheizen inzwischen ihre Häuser und Wohnungen mit Gas, weil ihnen dies von den Politikern als „saubere und kostengünstige Energie“ über Jahre wärmstens empfohlen wurde. Jetzt stehen exorbitante Preiserhöhungen ins Haus. Die Gasrechnung eines durchschnittlichen 3-Personenhaushalts könnte sich bald auf rund 2100 Euro im Jahr erhöhen.

In dieser bedrohlichen Situation müßte der Staat mit erheblichen Steuererleichterungen entgegenwirken, will er es nicht zu Nullwachstum und zu einer Rezession kommen lassen. Doch die Finanzminister der Altparteien freuen sich lieber über höhere Mehrwertsteuer-Einnahmen aufgrund der explodierenden Energiepreise. Sie wehren sich mit Brachialgewalt gegen die Wiedereinführung der Pendlerpauschale vom ersten Kilometer an. Für viele Geringverdiener aber, die für die Fahrt zum Arbeitsplatz auf das Auto angewiesen sind, stellt sich bereits jetzt die Frage, ob sich für sie angesichts der horrenden Spritpreise das Arbeiten überhaupt noch lohnt.

Die Altparteien sind aufgrund ihrer Ignoranz hauptverantwortlich für die jetzige Entwicklung, die zahllose Deutsche an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit und oftmals auch darüber hinaus treibt.

Der Rat der Stadt Köln muß dem stadtnahen Rheinenergie-Konzern die Grenzen der Preistreiberei aufzeigen. Das Unternehmen reagiert auf Veränderungen an den Weltmärkten nur, wenn sie nach oben gerichtet sind. Die aktuelle Korrektur der Rohstoffpreise soll dagegen nicht den Kölnern zugute kommen, sondern die Konzernkassen füllen. Pro Köln fordert: Schluß mit der Preistreiberei!

gez. Rouhs